

## Ulmer Pläne für Synagoge

„Moscheebau unrealistisch“

**ULM (rub).** Die jüdische Gemeinde in Ulm und Neu-Ulm plant den Bau einer Synagoge. Die Stadt ist dem Vorhaben gegenüber aufgeschlossen. Den Bau einer zentralen Moschee hält das Rathaus hingegen für unrealistisch.

Aus den Reihen der israelitischen Gemeinde gründete sich ein Förderverein, der ein Synagogenprojekt in Ulm voranbringen will. Nach Worten des Vorsitzenden des Fördervereins, Wolfgang Müller, belaufen sich Bau- und Grundstückskosten auf gut fünf Millionen Euro. Ein Stuttgarter Architektenbüro ist mit Planungen beauftragt worden. Allerdings, sagt Müller, sei die Finanzierung noch nicht gesichert. Mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden-Württemberg, mit Sitz in Stuttgart, sollen demnächst Gespräche über Zuschüsse geführt werden. „Wir sind zuversichtlich, weil in vielen deutschen Städten zurzeit Synagogen entstehen“, so Müller.

Die Ulmer Stadtverwaltung steht dem Verkauf des von der Gemeinde ins Auge gefassten, innenstadtnahen Grundstücks positiv gegenüber. Im Jahr 1938 ist die einstige Ulmer Synagoge von den Nationalsozialisten niedergebrannt worden. Derzeit trifft sich die 450 Mitglieder zählende jüdische Gemeinde in einer Etagenwohnung in der Ulmer Innenstadt. Dieser Zustand, sagt Müller, sei auf Dauer nicht mehr haltbar.

Von weniger Harmonie sind die verschiedenen Bemühungen muslimischer Gruppierungen in Ulm geprägt, Moscheen zu bauen. Eine Baugenehmigung hat nun immerhin die Ulmer Gruppierung des türkischen Religionsvereins Ditib erhalten. Im Stadtteil Söflingen entsteht ein Gebetshaus mit Minarett und Kuppel. Die Genehmigung wurde erst im dritten Anlauf erteilt; der Kauf eines zuletzt vorgesehenen städtischen Grundstücks scheiterte an den Einsprüchen von Anwohnern.

Der Bau einer zentralen Moschee, sagt ein Fachbeamter der Stadt Ulm, sei schon deshalb schwierig, weil von den fünf muslimischen Gruppierungen „einige sehr bedenklich“ seien. Seit langem beobachtet der Verfassungsschutz Baden-Württemberg die muslimische Szene an der Donau. Mögliche weitere Bauanträge würden dennoch unvoreingenommen überprüft, heißt es im Rathaus.